

KAUFT NICHT BEI JÜDISCHEN BESATZERN!

Posted on 14. Dezember 2016

Von Evelyn Hecht-Galinski.

Es ist empörend, wie in Deutschland Juden wieder zu Opfern gemacht werden und der Philosemitismus den Antisemitismus abgelöst hat. Andererseits werden Deutsche, die sich für ein Ende der illegalen Besetzung Palästinas einsetzen, diffamiert und ausgegrenzt. Das schlechte Gewissen der Nachkommen der Täter berechtigt nicht dazu, den Nachfahren der Opfer einen Kosher-Stempel für Menschenrechts- und Völkerrechtsverbrechen auszustellen. Gerade Deutsche wissen, wozu ein Unrechtssystem fähig war und ist.

Ein CDU-Parteitagsbeschluss hat die von der ausgeklügelten Propagandamaschinerie der Israel-Lobby und ihrer weltweit agierenden Sayanim (willige Helfer) erfundene Gleichsetzung übernommen, der zufolge die globale BDS-Kampagne, die sich gewaltfrei einsetzt für die palästinensischen Rechte und gegen die Besetzung gleichbedeutend sein soll mit dem Nazibegriff „Kauft nicht bei Juden“!

Tatsache ist es doch, dass der „Jüdische Staat“ den besetzten Palästinensern die elementaren Grundrechte vorenthält, ohne Skrupel seit Staatsgründung, und als zionistische Staatsräson Vertreibung und Landraub betreibt. Hinzu kommt ein System von rassistischen Gesetzen, „Straßen nur für Juden“ zu den illegalen jüdischen Siedlungen, ein staatlich geförderter Siedlungskolonialismus mit dem Endziel des Besitzes von ganz Palästina, und die fortwährende ethnische Säuberung Palästinas.

Mit dem Beschluss des 29. Parteitages der CDU Deutschlands in Essen, die BDS-Bewegung (Boycott, Desinvestition, Sanktionen) als antisemitisch zu verunglimpfen, macht man die Opfer der illegalen jüdischen Besetzung Palästinas zu Tätern, was eine historische Verdrehung der Tatsachen bedeutet und nicht unwidersprochen hingenommen werden kann. Außerdem übernimmt dieser Beschluss die faschistisch-rassistische Politik des „Jüdischen Staates“ von „guten Juden“, die diesen Staat und seine Politik unterstützen, während die „schlechten Juden“, die die rassistische Besatzungspolitik kritisieren und die BDS-Kampagne unterstützen, in die antisemitische Ecke gestellt werden. Hatten wir das nicht schon einmal, als unter der Nazi-Herrschaft bestimmt wurde, „wer Jude ist, bestimme ich“ im Zitat von Reichsmarschall Göring? Und heute bestimmen auch wieder deutsche Politiker, was Antisemitismus und

wer antisemitisch ist und betreiben damit doch selbst einen neuen Antisemitismus, indem sie ihnen nicht genehme Juden diffamieren.

Es ist schon mehr als bezeichnend, dass die selben CDU-Mitglieder immer fragwürdigere Themen für den kommenden Wahlkampf ins Spiel bringen, von Doppelpass-Verbot und Obergrenze für Flüchtlinge, oder mit Leitartägern die einseitige „christlich-jüdische-Wertegemeinschaft gegen muslimische Bürger in Stellung bringen, die doch nur dazu diesen, am rechten Rand im Trüben zu fischen und Stimmen zu sammeln. Nach dem Motto: wo CDU draufsteht ist AfD drinnen. Aber es ist tatsächlich das gleiche Phänomen, wie es bei anderen Rechtspopulisten festzustellen ist, von Wilders bis Le Pen und von Hofer bis Orban, wenn es um den „Jüdischen Staat“ und die illegale Besetzung Palästinas geht, dann schweigen sie, oder solidarisieren sich sogar noch mit dem jüdischen Besatzer-Regime!

Ebenso antisemitisch ist es, wenn deutsche Banken wie aktuell die Bank für Sozialwirtschaft dem Verein der „Jüdischen Stimme“ wegen ihrer BDS-Unterstützung das Konto gekündigt hat. Als Kündigungsgrund wurde, laut Stellungnahme der Jüdischen Stimme, explizit die „politischen Einstellungen und Aktivitäten“ genannt. **(1)**

Dieser skandalöse Vorgang ist nicht mit ethischen Werten zu vereinbaren und als Antisemitismus zu werten. Aber das hat ja eine traurige Tradition in Deutschland. Waren es nicht gerade deutsche Banken und ihre Vorstandsvorsitzenden, von Dresdner Bank, heute in Commerzbank aufgegangen, bis zur Deutschen Bank an vorderster Stelle, die Juden Konten gekündigt und die das NS-Regime bei ihrer Arisierungspolitik aktiv unterstützt haben? Eine fatale Wiederholung geschichtlicher Ereignisse! War es seinerzeit die Nazi-Ideologie, die Juden ausgrenzte, enteignete, vertrieb und ermordete, so gibt es heute die durch die Pro-Israel-Lobby infizierte Ideologie des Philosemitismus, die mit den gleichen Methoden gegen unliebsame Israel-Kritiker und BDS-Unterstützer vorgeht. Wehret den Anfängen. Wenn Friedensorganisationen oder Personen, die sich für ein Ende der illegalen Besetzung Palästinas einsetzen, Konten gekündigt werden, dann sollten alle Alarmglocken läuten und es müsste sofort gehandelt werden. Für alle Kunden gibt es nur eine Reaktion und Konsequenz in Solidarität mit den ausgegrenzten Juden: unter Protest eine sofortige Kündigung des Kontos zu veranlassen!

Die gezielten Angriffe auf die Meinungsfreiheit gegen Organisationen, Universitäten und Einzelpersonen, wenn sie sich für ein freies Palästina einsetzen, sind nur möglich, weil die Merkel-Regierung, die EU und die USA immer noch den „Jüdischen Staat“ finanziell, mental und durch Rüstungsverkäufe unterstützen und feige zu dem Unrecht schweigen!

Das skandalöse Ansinnen von deutscher Politik im Zusammenspiel mit der Israel-Lobby als Forderung der Integration von Flüchtlinge ein „Existenzrecht“ Israels anzuerkennen, ist durch nichts zu rechtfertigen, solange dieser Staat, der selber seine Grenzen bis heute nicht definiert hat, seine völkerrechtlich illegale Siedlungspolitik der vollständigen ethnischen Säuberung Palästinas betreibt. Ebenso die Aufnahme der Floskel von der Staatsräson für die Sicherheit Israels durch Kanzlerin Merkel, obwohl das Konzentrationslager Gaza weiter menschenunwürdig und völkerrechtswidrig abgeriegelt bleibt, der Völkermord ungesühnt und das illegal besetzte Westjordanland immer weiter durch aggressiven Landraub des Netanjahu Regime judaisiert wird, ebenso wie das illegal annektierte Ost-Jerusalem und die illegal besetzten Golan-Höhen. Ein „Jüdischer Staat“, der seine Existenz auf Kosten eines illegal besetzten Volkes und Verbrechen gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte gründet, hat kein Existenzrecht, das unterstützt werden soll!

Gerade erst hat Ministerpräsident Netanjahu den künftigen US-Präsidenten Trump für seine unverbrüchliche Freundschaft zu Israel gelobt, die dieser und sein engster Berater, sein jüdischer Schwiegersohn Kushner, schon mehrfach bekräftigten, und wegen der Ankündigung der geplanten Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem als ewig „ungeteilten“ Hauptstadt des „Jüdischen Staates“. Und jetzt noch der Versuch Netanjahus, bei seinem angekündigten Washington-Besuch bei Trump das Iran Atom-Abkommen zu kippen. [\(2\)](#) [\(3\)](#) [\(4\)](#)

Im Rahmen einer neuen Initiative kann uns das blanke Grauen erfassen, da haben sich unter Federführung von Andreas Casdorff, Chefredakteur des Berliner Tagesspiegel, und Bild-Herausgeber Kai Dieckmann, unter dem Deckmantel der Förderung einer Holocaust-Erinnerungskultur in Zusammenarbeit mit der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem zusammengetan, um junge Redaktions-Mitarbeiter im Alter von bis zu bis 30 Jahren in gezielten Seminaren zu Firmen und Veranstaltungen zu schicken, bei

denen z.T. auch der israelische Ministerpräsident, der Präsident Israels, sowie internationale Würdenträger anwesend sein werden, um sie danach „beseelt für Israel“, ganz im Sinne der Einladenden zu exponieren. Die Ergebnisse sehen wir ja heute schon, wenn diese Journalisten, wie gewünscht, für die Belange des „Jüdischen Staates schreiben und eintreten. Hier kommt eine unglaubliche Propagandamaschinerie der Israel-Lobby ins Rollen und man muss sich fragen, ob man die Zeitungen der Unterstützer dieser Initiative, wie die Berliner Morgenpost, DPA, Handelsblatt, Hufftington Post, JDB Media, Kölner Stadtanzeiger, Neue Osnabrücker Zeitung, Rheinische Post, Rhein Zeitung, Sächsische Zeitung, stern.de, Südwest- Presse und Bild am Sonntag, überhaupt noch unvoreingenommen lesen, oder deren Informationen unkritisch hinnehmen sollte, wohl kaum![\(5\)](#) [\(6\)](#) [\(7\)](#)

Aber das ist ja das Problem speziell deutscher Medien, wer kann sie noch für voll nehmen, bei dieser Klüngelei mit Verbindung zur Politik und Interessenvertretern! Ein trauriges und gefährliches politisches Kartell, das gegen alle demokratischen Geflogenheiten zielt.

So wie wir den Holocaust niemals vergessen werden und dürfen, so gilt das genauso für die Nakba, die Katastrophe der Vertreibung und Enteignung durch den Jüdischen Staat, auch eine Folge des Holocaust!

Ein besonderer Ansporn, sich noch mehr für die Befreiung des illegal besetzten Palästina einzusetzen und in diesem Sinne „Kauft nicht bei jüdischen Besitzern“!

Hanns Eisler, der in Leipzig geborene große österreichische Komponist, hat auch mit seinen politischen Schriften Aufsehen erregt. Seine „Ernsten Gesänge“ finde ich ebenso grandios, wie diesen wunderbaren Satz, mit dem ich meinen Kommentar schließen möchte:

„Ich glaube, wir müssen über die Vergangenheit nachdenken. Wer die Zukunft haben will, muss die Vergangenheit bewältigen. Er muss sich reinigen von der Vergangenheit, um klar und sauber in die Zukunft zu blicken“.

Dieser Text erschien zuerst auf der Seite „Sicht vom

Hochblauen“: <http://sicht-vom-hochblauen.de/kauft-nicht-bei-juedischen-besatzern/>

Danke an die Autorin für das Recht der Zweitverwertung.

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.